

## Demokratie und Hegemonie. Woodrow Wilsons Konzept einer Neuen Weltordnung

Die amerikanische Intervention im Ersten Weltkrieg markiert auf den ersten Blick einen tiefen Einschnitt der neueren Geschichte. Hans Rothfels hat Anfang der fünfziger Jahre im amerikanischen Kriegseintritt sogar ein wichtiges Kriterium für den Beginn der Zeitgeschichte gesehen. In den Jahren 1917/18 habe »eine neue universalgeschichtliche Epoche sich abzeichnen begonnen«, deren Wurzeln Rothfels in Grundtendenzen der imperialistischen Politik sowie der industriellen Gesellschaft gesehen hat.

»Erst mit dem eigentümlich zusammengeordneten Doppelereignis, dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg und dem Ausbruch der russischen Revolution, wurde die Konstellation wirklich universal und wurde zugleich der Konflikt von Völkern und Staaten durch gesellschaftliche Gegensätze tiefgreifender Art durchzogen und durchkreuzt. Schon 1918 ist im Grunde die Antithese Washington—Moskau eine sehr reale gewesen<sup>1</sup>.«

Es war und ist sicher sinnvoll, den Gewichtsverlust Europas im internationalen System unter Hinweis auf das Jahr 1917 zu verdeutlichen. Allerdings ergibt sich aus dieser eher punktuellen Betrachtungsweise die Gefahr, daß der Blick auf längerfristige Entwicklungen gerade der amerikanischen Außenpolitik verstellt wird. Die Globalisierung des europäischen Staatensystems, der Übergang von der »europäischen zur globalen Weltgeschichte«<sup>2</sup>, vollzieht sich nicht erst im Jahre 1917<sup>3</sup>. Ebenso wenig wird man davon sprechen können, daß den USA im Ersten Weltkrieg die Rolle einer »Weltmacht wider Willen« quasi zugefallen sei, wie dies von einer am sichtbaren diplomatischen Geschehen orientierten Geschichtsschreibung immer wieder suggeriert worden ist<sup>4</sup>. Die Kriegserklärung Washingtons an das Deutsche Reich vom 6. April 1917 ist lediglich der sichtbare Höhepunkt längerfristig angelegter Entwicklungen in den deutsch-amerikanischen Beziehungen und generell in der amerikanischen Außenpolitik<sup>5</sup>. Bereits im 19. Jahrhundert haben die amerikanischen Führungseliten von Wirtschaft und Politik den Anspruch Washingtons auf

eine Mitgestaltung der internationalen Politik unmißverständlich angemeldet.

Die Geschichte der USA ist die Geschichte einer ständigen Expansion. Der kontinentalen Ausbreitung folgte die Expansion über die Grenzen hinaus. Das Ausgreifen nach Übersee manifestierte sich zunächst vor allem im wirtschaftlichen Bereich. Die Regierung in Washington verzichtete allerdings nicht auf militärische Maßnahmen. Das bewaffnete Vorgehen gegen die Indianer oder der Krieg gegen Mexiko (1846–1848), an dessen Ende beachtliche territoriale Zugewinne der USA standen (die heutigen Staaten Arizona, California, Utah sowie Teile von Neu Mexico, Colorado und Wyoming), sind wichtige Elemente der kontinentalen Expansion. Der spanisch-amerikanische Krieg des Jahres 1898 ist ein eindrucksvoller Beleg für die Entschlossenheit der USA, auch ihre außerkontinentalen Ziele mit Rückgriff auf militärische Mittel durchzusetzen<sup>6</sup>. Der Sieg über Spanien brachte nicht nur territorialen Zugewinn, wie etwa die Philippinen, sondern etablierte die USA unwiderruflich als Weltmacht, auch wenn einige europäische Kanzleien dies nicht erkannten oder nicht wahrhaben wollten<sup>7</sup>.

Bei der Suche nach den Motiven der amerikanischen Expansion lassen sich vor allem zwei zentrale Elemente ausmachen: die Überzeugung vom Vorbildcharakter des angelsächsischen Amerika, die nicht zuletzt in der Berufung auf Gott oder die »Vorsehung« (Providence) Überzeugungskraft erhielt, und die Vorstellung der Führungseliten, daß der gesellschaftliche Status quo nur durch Expansion über die Grenzen dauerhaft zu sichern sei. Auf dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise der Jahre 1873 bis 1895 hieß dies vor allem: Erschließung von Absatzmärkten zur Sicherung des Binnenmarktes. Das war weit mehr als ein wirtschaftliches Ziel. Nicht die Befriedigung der Profitgier einzelner Unternehmer, sondern gesamtwirtschaftliche und gesamtpolitische Überlegungen bestimmten das staatliche Handeln. Das möglichst reibungslose Funktionieren der Wirtschaft sollte auch die Stabilisierung des politischen Systems sicherstellen. Umgekehrt formuliert: Von wirtschaftlichen Störungen ausgehende soziale Unruhen konnten sich zur Revolution steigern und damit das privatwirtschaftliche System grundlegend in Frage stellen. Genau dies befürchteten die Führungseliten von Wirtschaft und Politik, die das privatkapitalistische System als integralen Bestandteil der Demokratie definierten. Daher wurde und wird auch jeder Eingriff in die pri-

vatkapitalistische Struktur als Angriff auf die Demokratie und damit als Gefährdung des »American System« betrachtet. Dieser schon von den Gründervätern des »New Empire of America« betonte funktionale Zusammenhang zwischen Systemerhaltung und Expansion haben die amerikanischen Führungseliten bis zur Gegenwart immer wieder als politisches Axiom definiert. Auch der hier zur Debatte stehende 19. Präsident der USA, Woodrow Wilson, steht in dieser Tradition. Wilson orientierte sich wie seine Vorgänger im Weißen Haus vor allem an zwei bereits im 19. Jahrhundert entwickelten außenpolitischen Leitlinien, der Monroe-Doktrin und der Politik der Offenen Tür.

### Monroe-Doktrin und Politik der Offenen Tür

Die Monroe-Doktrin des Jahres 1823<sup>8</sup>, die zunächst auf eine Abwehr europäischer Einflüsse zielte, wurde in den folgenden Jahrzehnten zu einem Instrument der Washingtoner Hegemonialpolitik in Lateinamerika ausgeweitet, und zwar durch einseitige Erklärungen der Regierung in Washington. Die große Bedeutung der Monroe-Doktrin als Element Washingtoner Hegemonialpolitik in der Westlichen Hemisphäre sollte allerdings nicht den falschen Eindruck erwecken, die amerikanischen Regierungen hätten im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts ihre außenpolitischen Aktivitäten auf Lateinamerika und damit regional beschränkt. Bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert verfolgte Washington globale Interessen. Für den Fernen Osten verdeutlicht dies zunächst die in den Jahren 1899 und 1900 in bezug auf China formulierte Politik der Offenen Tür<sup>9</sup>, die auf einen gleichberechtigten Zugang zu den Waren- und Kapitalmärkten der Welt zielte. Das postulierte Gleichheitsprinzip der Offenen Tür hat aus amerikanischer Perspektive den großen Vorteil, daß es mit dem Gleichheitsprinzip der amerikanischen Demokratie korrespondiert.

Die Politik der Offenen Tür hat allerdings nicht nur eine große moralisch-politische Qualität, sie ist auch Ausdruck des amerikanischen Überlegenheitsgefühls in bezug auf das eigene Wirtschaftssystem. Die Mehrheit der Führungseliten von Politik und Wirtschaft ging seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert von der Überzeugung aus, daß sich der amerikanische Handel aufgrund der amerikanischen Produktionskraft

bei formaler Gleichstellung mit anderen Handelsnationen letztlich als überlegen erweisen werde. Neben der Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen sollte im Rahmen der Politik der Offenen Tür darüber hinaus die Möglichkeit der politischen Einflußnahme erschlossen werden. Im Extremfall konnte dies eine amerikanische Hegemonialstellung bedeuten. Dieser indirekt-informelle Charakter der amerikanischen Außenpolitik kann nicht nachdrücklich genug betont werden. Zu Recht ist die Politik der Offenen Tür in ihrer axiomatischen Bedeutung daher mit der Monroe-Doktrin verglichen worden<sup>10</sup>. Ähnlich wie in der Monroe-Doktrin manifestierte sich in der Politik der Offenen Tür das Selbstvertrauen der amerikanischen Führungseliten in die Zukunftsperspektiven Amerikas.

Die prinzipielle Bedeutung der Open Door Policy unterstreicht auch den traditionell großen Stellenwert wirtschaftlicher Faktoren der amerikanischen Außenpolitik: Die Außenwirtschaftspolitik erfüllt zum einen die Aufgabe, Absatzmärkte zu sichern; hieraus ergibt sich die politische Dimension aus der Stabilisierungsfunktion für das amerikanische Gesellschaftssystem. Zum anderen ist die Außenwirtschaft ein wichtiges Instrument der amerikanischen Außenpolitik. Die internationalen Beziehungen sollen durch die Außenwirtschaftspolitik beeinflusst, im Idealfall sogar bestimmt werden. Diese politisch-ökonomische Doppelfunktion der Außenwirtschaft zieht sich wie ein roter Faden durch die Washingtoner Außenpolitik des 20. Jahrhunderts und ist auch ein Bestandteil der Wilsonschen Außenpolitik.

Ein Dilemma der Politik der Offenen Tür besteht allerdings darin, daß die Mechanismen der amerikanischen indirekt-informellen Einflußnahme nur dann erfolgreich sein können, wenn sich alle Staaten der Welt zu diesem Prinzip nicht nur verbal bekennen, sondern es auch in der Praxis respektieren. Muß es gewaltsam durchgesetzt werden, erfordert das den Einsatz jenes Mittels, das die amerikanische Diplomatie traditionell zu vermeiden sucht, die bewaffnete Intervention. Allerdings zeigt die historische Erfahrung, daß Washington als ultima ratio immer wieder zum Instrument der militärischen Intervention gegriffen hat, um der Durchsetzung amerikanischer Ordnungsvorstellungen Nachdruck zu verleihen. Der Einsatz militärischer Mittel ist dann jeweils in moralischen Kategorien gerechtfertigt worden. Die Washingtoner Politik im Ersten Weltkrieg und namentlich die Legitimierung der amerikanischen Intervention durch Präsident Wilson sind hierfür Belege.

»The world must be made safe for democracy«

Nach dem Beginn des Krieges in Europa hatten sich die USA im August 1914 zunächst für neutral erklärt. Zwei Jahre später hat es Wilson im Präsidentschaftswahlkampf von 1916 noch als Erfolg seiner bisherigen Politik herausgestrichen, daß es ihm gelungen sei, Amerika aus dem europäischen Krieg herauszuhalten. Das änderte nichts an der Tatsache, daß die Vereinigten Staaten von den Ereignissen in Europa elementar betroffen waren.

So überrascht es nicht, daß Präsident Wilson den Krieg in Europa wiederholt zum Anlaß genommen hat, zu den Prinzipien der amerikanischen Außenpolitik Grundsatzserklärungen abzugeben und ein Mitspracherecht zu postulieren. Die öffentlichen Erklärungen des Präsidenten und interne Überlegungen der Wilson-Administration sind mit der jetzt abgeschlossenen Edition der Wilson Papers in hervorragender Weise dokumentiert<sup>11</sup>.

Schon vor dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten im April 1917 bezeichnete es Wilson als »unvorstellbar«, daß Washington an einer europäischen Friedensregelung nicht beteiligt sein könnte<sup>12</sup>. Ohne amerikanische Mitwirkung müsse jeder Friede brüchig sein. Den Krieg in Europa nahm Präsident Wilson wiederholt zum Anlaß, zu den Prinzipien der amerikanischen Außenpolitik öffentliche Erklärungen abzugeben. Zugleich machte er deutlich, daß für Washington nur eine solche Friedensordnung akzeptabel sein könne, die sich an den Grundsätzen der amerikanischen Demokratie orientiere. »Die Welt muß sicher gemacht werden für die Demokratie,« lautete die berühmte Formel, die Wilson in seiner Rede vom 2. April 1917 prägte<sup>13</sup>. Es sei die Absicht der USA, den Prinzipien von Frieden und Gerechtigkeit im Leben der Welt Geltung zu verschaffen. Die Amerikaner verfolgten keine eigensüchtigen Interessen, sie seien lediglich »Vorkämpfer für die Rechte der Menschheit«<sup>14</sup>.

Am ausführlichsten hat der Präsident dann nach dem amerikanischen Kriegseintritt in seinen vielzitierten 14 Punkten am 8. Januar 1918 sein Friedensprogramm im einzelnen präzisiert. Neben konkreten Forderungen zur Verwirklichung nationalstaatlicher Prinzipien auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts für eine europäische Friedensordnung formulierte Wilson unmißverständlich Grundprinzipien der amerikanischen Außenpolitik: Absage an die Geheimdiplomatie der Vorkriegszeit, Freiheit der Meere, Freiheit des Welthandels, Rüstungsbeschrän-

kungen, internationale Regelung der Kolonialfragen und Etablierung einer »League of Nations«, des Völkerbundes<sup>15</sup>. Wilson hat die Errichtung einer Weltordnung anvisiert, die weder durch eine formelle imperialistische Expansion der europäischen Mächte noch durch einen revolutionären Sozialismus gefährdet war. Im Rahmen liberaler Ideen und Institutionen sollte allen Staaten ein höchstes Maß an Selbstbestimmung ermöglicht werden. Allerdings ist bei der Interpretation der 14 Punkte häufig übersehen worden, daß es sich keinesfalls um ein altruistisches Friedensprogramm handelte. Hier mag auch die idealisierende Selbstdarstellung Washingtons nachwirken, die begreiflicherweise kein Interesse daran haben konnte, die eigenen Interessen lautstark zu propagieren. In welchem Maße sich das Wilsonsche Konzept einer neuen Weltordnung jedoch an amerikanischen Wertvorstellungen orientierte, zeigt nicht zuletzt der vom Präsidenten präsentierte Vorschlag, die Monroe-Doktrin zur Weltdoktrin zu erheben<sup>16</sup>. Von der Regierung unilateral definierte Normen sollten Bestandteil eines global verbindlichen Völkerrechts werden. Das Wilsonsche Konzept einer Neuen Weltordnung wurde allerdings von den Entwicklungen in anderen Staaten grundlegend in Frage gestellt. Neben der Revolution in Rußland ist hier zunächst Deutschland zu nennen. Die deutsche Kriegspolitik wurde als machtpolitische, ökonomische und auch ideologische Herausforderung empfunden, der es zu widerstehen galt.

So hat Wilson den europäischen Krieg auch als Entscheidungskampf zwischen Autokratie und Demokratie begriffen, denn aus amerikanischer Sicht wurden überall in der Welt freie Institutionen durch deutsche imperialistische Ambitionen bedroht. Im Juni 1918 hat der Präsident in einer Ansprache vor Lehrern besonders pointiert herausgestrichen, daß es sich um einen grundlegenden Kampf handele zwischen der Alten Ordnung Europas und der von Amerika repräsentierten Neuen Ordnung. Deutschland sei Exponent der Autokratie, Amerika Exponent der Demokratie. Es komme darauf an, den Kindern im Schulunterricht deutlich zu machen, daß es eine Pflicht, zugleich aber auch ein Privileg der Vereinigten Staaten sei, als Hauptinterpret für diejenigen demokratischen Prinzipien aufzutreten, die nach Auffassung der Amerikaner allein geeignet sein könnten, die Welt vom Unrecht zu befreien und der Menschheit Frieden und Glück zu bringen<sup>17</sup>. Der für Amerika proklamierte hohe moralische Anspruch hinderte Wilson allerdings nicht daran, gegen Deutsch-Amerikaner und deutsche Kultur Front zu machen.

## Die Mobilisierung der Heimatfront

Wilson hatte den Präsidentschaftswahlkampf des Jahres 1916 noch mit der Parole geführt »he kept us out of war.« Die im Jahre 1917 nur bedingte Kriegsbereitschaft der amerikanischen Bevölkerung machte dann Mobilisierungsmaßnahmen erforderlich. Teil dieser Mobilisierung war eine Propagandakampagne gegen Deutschland, die Deutschen und deutsche Kultur<sup>18</sup>. Die Regierung Wilson hatte einen »beispiellosen missionarischen Eifer« entfacht<sup>19</sup>. Die Zeitschrift McClure's ließ ihre Leser wissen: »Wir befinden uns im Krieg mit Deutschland, dem deutschen Volk und allem, was mit Deutschland irgendeine Verbindung hat.« Dieser Behauptung folgte die Aufforderung, die deutschsprachige Presse in den USA »wegzufegen«<sup>20</sup>. An derartigen Attacken beteiligten sich auch Geistliche. Der Evangelist Billy Sunday sah den Krieg als Kampf von Gut gegen Böse: »I tell you it is Bill against Woodrow, Germany against America, Hell against Heaven«<sup>21</sup>.

In diesem Zusammenhang überrascht es nicht, daß die Regierung in Berlin und speziell der Kaiser scharf angegriffen wurden. Wilhelm II. wurde als »satanischer Kaiser«, als »Werwolf von Potsdam«, ja als »Bill the Butcher« bezeichnet<sup>22</sup>. Allerdings beschränkte sich die Kriegspropaganda nicht auf Angriffe gegen den Kaiser und die deutsche Regierung. So verstieg sich ein Pfarrer zu der Behauptung, »made in Germany« sei gleichzusetzen mit »made in Hell«<sup>23</sup>. Wenn man sich dazu hinreißen ließ, Deutsche als Barbaren zu bezeichnen, dann schien es vielen Amerikanern einleuchtend, alles Deutsche einer radikalen Kritik zu unterziehen, ja schließlich gegen alles Deutsche auch einen Stellvertreterkrieg an der Heimatfront zu eröffnen.

Präsident Wilson hat an dieser Entwicklung persönlichen Anteil gehabt. So hat er sich in seiner Jahresbotschaft an den Kongreß im Jahre 1915 über diejenigen naturalisierten Amerikaner besorgt geäußert, die das »Gift der Illoyalität« in die Arterien des amerikanischen Lebens gefüllt hätten. Derartige »Kreaturen« der »Anarchie« müßten vernichtet werden<sup>24</sup>. Als Wilson im Präsidentschaftswahlkampf des Jahres 1916 gegen die Bindestrichamerikaner Front machte, war klar, daß sich seine allgemeinen Formulierungen speziell gegen die Deutsch-Amerikaner richteten. So ließ der Präsident wissen, daß er auf die Stimmen der Deutsch-Amerikaner keinen Wert lege. Diese Taktik

»machte die Deutsch-Amerikaner bereits zu innenpolitischen Feinden, als Wilson seinen Wahlkampf mit der Parole führte, daß er die Nation aus dem Krieg herausgehalten habe«<sup>25</sup>.

Als Wilson dann am 2. April 1917 den Kongreß um eine Kriegserklärung gegen Deutschland ersuchte, hatte der Präsident die amerikanische Bevölkerung zu einem Kreuzzug nicht nur gegen das Deutsche Reich, sondern auch gegen die Deutsch-Amerikaner vorbereitet. Vor dem Kongreß machte er deutlich, daß gegen diejenigen Deutsch-Amerikaner, die sich nicht loyal verhielten, mit harter Hand vorgegangen werde<sup>26</sup>.

### Mitteleuropa versus Open Door

Die demokratischen Prinzipien waren aber nicht nur durch die deutsche Autokratie, sondern auch durch die von Deutschland praktizierte Wirtschaftspolitik und deren machtpolitischer Komponente gefährdet. Vor allem die mit ökonomischen Mitteln forcierte deutsche Mitteleuropapolitik wurde von Wilson als prinzipielle Bedrohung seiner Weltordnungspläne betrachtet<sup>27</sup>. Dies artikuliert er beispielsweise am 12. November 1917 in einer Rede vor der American Federation of Labor. Deutschland sei entschlossen, Mitteleuropa zu kontrollieren, um schließlich die Weltwirtschaft zu beherrschen. Warum hat sich Deutschland nicht mit dem Zugang zu den Weltmärkten begnügt?, fragte Wilson. Schließlich habe Deutschland bereits vor dem Krieg seinen »Platz an der Sonne« eingenommen. Letztlich wolle sich Deutschland trotz seiner ökonomisch starken Stellung nicht mit dem freien Wettbewerb begnügen, sondern strebe weltweit auch politische Kontrolle an. Pan-Germanismus und Freiheit würden einander ausschließen, wie die deutsche Kriegspolitik gezeigt habe<sup>28</sup>.

Derartige Befürchtungen des Präsidenten schienen sich zu bestätigen, als die Bestimmungen der Friedensschlüsse von Brest-Litowsk und Bukarest bekannt wurden. Die Annullierung dieser Verträge war nicht zuletzt aus diesem Grund ein wichtiges Kriegsziel Wilsons. Deutschland sollte zur Politik der Offenen Tür gezwungen werden, und Wilson war bereit, zur Realisierung dieses Ziels ökonomischen Druck anzuwenden. Er stimmte daher in Versailles auch den französischen und britischen Vorschlägen zu, Deutschland im Friedensvertrag die einseitige Gewährung der Meistbegünstigung an die Siegermächte aufzulegen, allerdings mit einer fünfjährigen Begrenzung. Eine permanente

ökonomische Diskriminierung Deutschlands durch die wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Vertrages stand für Wilson ernsthaft nicht zur Debatte, auch wenn Artikel 280 des Versailler Vertrages dies prinzipiell noch möglich gemacht hätte.

### Testfall Mexiko

Die genannten ideologischen und im weitesten Sinne wirtschaftspolitischen Herausforderungen stellten sich für Washington um so dramatischer dar, als Berlin durch zahlreiche Aktivitäten in Mexiko die Monroe-Doktrin mißachtete und die Sicherheit der USA unmittelbar in der Westlichen Hemisphäre bedrohte. Zu nennen ist insbesondere das vom britischen Geheimdienst abgefangene und veröffentlichte Zimmermann-Telegramm vom Januar 1917<sup>29</sup>. Der mexikanischen Regierung wurde die Rückgabe von Territorien in Neu Mexiko, Texas und Arizona in Aussicht gestellt, die Mexiko sieben Jahrzehnte zuvor an die USA hatte abtreten müssen. Diese war eine dramatische Herausforderung der Monroe-Doktrin<sup>30</sup>.

Die Berliner Diplomatie hätte sich darüber im klaren sein müssen, daß finanzielle Abmachungen mit Mexiko, geknüpft an politische und ökonomische Bedingungen, von der Regierung in Washington nicht widerstandslos hingenommen würden. Die britische Diplomatie hat sich demgegenüber in ihrer Mexikopolitik taktisch wesentlich geschickter verhalten. Die Sicherung britischer Interessen in Mexiko wurde der Unterstützung der britischen Kriegsanstrengungen durch die Vereinigten Staaten untergeordnet. Die daraus resultierende Einschränkung einer autonomen britischen Mexikopolitik manifestierte sich etwa in der Tatsache, daß London die im August 1918 ins Auge gefaßte Intervention in Mexiko zum Schutz britischer Erdölinteressen aufgrund des entschlossenen Widerstands Wilsons gegen derartige Pläne aufgab. Angesichts britischer Konzessionsbereitschaft gegenüber Washington trat die deutsche Gefahr in Mexiko im Krisenjahr 1917 um so deutlicher hervor. Zu der deutschen machtpolitischen Herausforderung der Monroe-Doktrin kamen in Washington ideologische Überlegungen. Unter dem Eindruck der mexikanischen Revolution wurde Mexiko sogar als »Inkarnation einer sozialistischen Bedrohung« gesehen<sup>31</sup>.

Wie groß die Washingtoner Revolutionsfurcht war und wie eng Wilson den Rahmen für sogenannte »legitime« Revolutionen steckte, erhellt die

Tatsache, daß die mexikanische Verfassung von 1917 zum zentralen Streitpunkt wurde. In Artikel 27 war der mexikanischen Regierung nämlich die Möglichkeit zur Enteignung von Privateigentum beziehungsweise zur Einschränkung der Verfügungsgewalt über privates Eigentum an die Hand gegeben. Darüber hinaus sollte die Erschließung der Bodenschätze mexikanischen Staatsbürgern und mexikanischen Firmen vorbehalten bleiben. Die Frage der Anwendung dieses Verfassungsartikels, ja der Rechtmäßigkeit der Verfassung überhaupt, führte sogar an den Rand eines Krieges. Allerdings sollte man Wilson nicht als Exekutivorgan von Big Business verstehen, wie seine ablehnende Haltung gegenüber den von amerikanischen und insbesondere britischen Erdölinteressen formulierten Interventionsforderungen vor allem des Jahres 1919 erkennen läßt. Wilson wollte nicht die spezifischen außenwirtschaftlichen Interessen einzelner Wirtschaftssektoren wahrnehmen. Ihm kam es primär darauf an, in Mexiko ein liberal-kapitalistisches System zu etablieren.

Mexiko hatte für Wilson nicht zuletzt deshalb eine so große prinzipielle Bedeutung, weil deutsche Gefahr und sozialrevolutionäre Entwicklungen sich aus der Washingtoner Perspektive zu einer explosiven Mischung verdichtet hatten. Die vom Deutschen Reich ausgehenden machtpolitischen und wirtschaftlichen Herausforderungen und die aus der Revolution in Rußland resultierende bolschewistische Bedrohung schienen sich an der Südflanke der Vereinigten Staaten zu potenzieren. Damit war das amerikanische Ordnungsmodell nicht nur in Übersee, sondern in der Westlichen Hemisphäre selbst in Frage gestellt. Mexiko wurde zu einer Art Laboratorium einer Neuen Weltordnung, die dann Ende des Weltkrieges in Versailles zur Debatte stand.

### Wilson in Paris

Bei den Friedensverhandlungen sollte sich bald zeigen, daß zwischen den Prinzipien, die seinem Konzept einer Neuen Weltordnung zugrunde lagen, und den politischen Realitäten im internationalen System Kompromisse nötig waren. Und diese Kompromisse haben zu einer Erosion der Wilsonschen Prinzipien entscheidend beigetragen. In einem Memorandum »The Weakening of Principles by Compromise« hat Außenminister Lansing im April 1919 seine Überzeugung festgehalten, daß während der Friedensverhandlungen Wilsons Ehrlichkeit und sein Vertrauen in vielfältiger Weise ausgenutzt worden seien. Wilson sei in

das von den anderen Konferenzteilnehmern gesponnene Netz derart verstrickt, daß er sich aus diesen Fesseln nicht befreien könne<sup>32</sup>. Hinzu kam, daß Wilson die Ansprüche an sich selbst überaus ehrgeizig formuliert hatte. »A supreme moment of history has come«, notierte Wilson am Abend des Waffenstillstandes<sup>33</sup>. Er berief sich zugleich auf die schützende Hand Gottes. Die Augen der Menschen seien geöffnet worden, und sie sähen die Hand Gottes über den Nationen. Kompromisse, insbesondere in bezug auf die Behandlung der deutschen Frage, haben den Präsidenten auf den Boden der Realität zurückgeführt.

Die Verhärtung der Position gegenüber Deutschland wurde begleitet von einem zeitweilig erstaunlichen Verständnis des Präsidenten für das britische Empire<sup>34</sup>. Deutschland, so ließ er London wissen, habe nicht begriffen, daß es zwischen dem Britischen Empire und der deutschen Konzeption eines Imperiums fundamentale Unterschiede gebe. Das britische Empire bezeichnete Wilson in diesem Kontext als einen freiwilligen Zusammenschluß freier Völker. In einer eigenwilligen Interpretation wurde das Selbstbestimmungsrecht zur »Tugend« der Alliierten. Mit Erleichterung stellten britische Diplomaten dann nach der Ankunft Wilsons in Paris fest, daß der amerikanische Präsident offenbar nicht beabsichtigte, für die Realisierung seines Programms die Unterstützung durch die europäische Linke anzustreben.

Die bolschewistische Revolution hatte einerseits Wilson in seinen programmatischen Überzeugungen bestärkt, zugleich aber auch zu einer Modifizierung seiner Friedensstrategie beigetragen. Außerdem ließ Wilson wissen, daß Deutschland nur nach einer Bewährungsprobe in den Völkerbund aufgenommen werden könne. Grundsätzlich stand für Wilson außer Zweifel, daß Deutschland integraler Bestandteil der angestrebten liberalen Weltordnung sein sollte. Allerdings wurde dem Land eine Art Warteschleife verordnet. Erst nach einer »Bestrafungsphase« sollte Deutschland in die Gemeinschaft der bürgerlich-demokratischen Staaten integriert werden<sup>35</sup>. Genau hier haben die Kritiker in Deutschland angesetzt.

### Deutsche Wilson-Kritik

Die Widersprüche zwischen den von Wilson programmatisch verkündeten Kriegs- und Friedenszielen und der von ihm vor allem in Versailles praktizierten Politik haben in Deutschland Enttäuschungen her-

vorgerufen. Diese haben sich schließlich zu einer Wilson-Kritik verdichtet, die einen Nährboden für deutschen Anti-Amerikanismus bildete. Wie kam es dazu, daß Wilson in Deutschland derartiges Unbehagen, ja in einigen Fällen sogar Haß provozieren konnte? Warum hatte Wilson in Deutschland so wenige Anhänger? Die mit diesen Fragen aufgeworfenen Tatbestände sind um so erstaunlicher, als Wilsons Programm einer Neuen Weltordnung sowohl für die deutsche Wirtschaft als auch für die deutsche Außenpolitik positive Entwicklungsperspektiven selbst dann eröffnete, wenn man die in Versailles von Wilson eingegangenen Kompromisse berücksichtigt.

Die Antworten liegen in der deutschen Innenpolitik. Die deutsche Bevölkerung hatte sich im Vertrauen auf die Aussagen der militärischen Führung innerlich eher auf einen deutschen Sieg und nicht auf die deutsche militärische Niederlage vorbereitet. Die meisten Deutschen waren daher nicht in der Lage, den dramatischen Wandel von den rhetorisch weitgesteckten Kriegszielpostulaten der deutschen Führung hin zum Zusammenbruch der Front und der alten politischen Ordnung zu verkraften. Die Bevölkerung hatte in der Phase vom Abschluß des Waffenstillstandes bis zur Unterzeichnung des Versailler Vertrages in bezug auf die außen- und militärpolitischen Realitäten weitgehend in einem »Traumland«<sup>36</sup> gelebt. Bei einer Konfrontation mit den Fakten hat sich dann über die meisten Bestimmungen des Friedensvertrages tiefe Enttäuschung breit gemacht.

Die deutsche Rechte wollte von den eigenen Fehlern und ihrer Verantwortung dadurch ablenken, daß sie Wilson zum Sündenbock für die deutsche Lage nach dem Waffenstillstand und nach dem Friedensschluß zu machen suchte. Wilson wurde beschuldigt, die Deutschen betrogen zu haben, die im Vertrauen auf ihn die Waffen niedergelegt hätten. Die Unterstellung, ohne Wilson hätte es keine deutsche Niederlage gegeben, wurde zu einer weiteren »Dolchstoßlegende« umgedeutet, für die er verantwortlich gemacht wurde. Diese Enttäuschungseffekte haben sich bei der Formulierung der Berliner Amerikapolitik nach Versailles allerdings nicht zu einem die Weimarer Außenpolitik beeinflussenden anti-amerikanischen Affekt verdichtet. Vielmehr wurde der Faktor Amerika zu einem zentralen Element der Weimarer Revisionspolitik<sup>37</sup>.

Dennoch hatte die latente Wilson-Kritik eine beeindruckende Langzeitwirkung. Bezeichnenderweise wurde die deutsche Botschaft in Washington, als Wilson Anfang 1924 im Sterben lag, angewiesen, von »Beileidskundgebungen offizieller Art« Abstand zu nehmen<sup>38</sup>. Als die

nationalsozialistische Publizistik seit 1936 gegenüber Präsident Franklin D. Roosevelt eine kritische Tonart anschlug, glaubte man ihn als »Wilson's Nachfolger« diffamieren zu können<sup>39</sup>. Noch während des Zweiten Weltkrieges empfahl der amerikanische Politikwissenschaftler James K. Pollock der amerikanischen Regierung, sich in der propagandistischen Vorbereitung der amerikanischen Nachkriegsplanung gegenüber Deutschland auf die Prinzipien der Atlantik-Charta zu beziehen und einen Hinweis auf Wilsons 14 Punkte möglichst zu vermeiden<sup>40</sup>.

Die Wilson-Kritik der unmittelbaren Nachkriegszeit hatte offenbar vor allem deshalb eine relativ große Langlebigkeit, weil der sich hier manifestierende Antiamerikanismus kein prinzipiell neues Phänomen war. Bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert hatte das Schlagwort von der »amerikanischen Gefahr« vor allem in konservativen Kreisen die Runde gemacht<sup>41</sup>. Die deutsche Wilson-Kritik war allzu durchsichtig und darauf abgestellt, von den eigenen Fehlern abzulenken. Allerdings ändert dies nichts an der Tatsache, daß die Bewertung auch der inneren Widersprüchlichkeit des Wilsonschen Konzepts einer Neuen Weltordnung nach wie vor eine Aufgabe der historischen Forschung ist.

### Widersprüche im Konzept Wilsons

Die neuere Forschung hat auf zahlreiche Widersprüche in der Wilsonschen Kriegs- und Friedenspolitik wiederholt hingewiesen und daran erinnert, daß derartige Widersprüche vom amerikanischen Präsidenten als solche nicht empfunden wurden<sup>42</sup>. Die Exzeptionalität Amerikas war für Wilson eine Selbstverständlichkeit, folglich hat er amerikanische Interventionen im Ausland nicht als Imperialismus definiert. Wenn er die imperialistischen Zielsetzungen anderer Großmächte einer fundamentalen Kritik unterzog, dann hat Wilson geflissentlich übersehen, daß die von ihm angestrebte Weltordnung letztlich in eine Hegemonialstellung der USA mündete. Die aus der technologischen und wirtschaftlichen Überlegenheit der Vereinigten Staaten resultierende Dominanz des amerikanischen Einflusses wurde von Wilson nicht als Bedrohung der autonomen innenpolitischen Entwicklung in diesen Ländern gesehen, sondern als Beitrag zu deren Entwicklung umgedeutet. Dieser Glaube an die Attraktivität amerikanischer Ordnungsvorstellungen ist bis zur Gegenwart ein zentrales Element im amerikanischen Selbstverständnis. Ausländische Beobachter tun gut daran, sich dies immer wieder vor Au-

gen zu führen, um Fehlinterpretationen der amerikanischen Außenpolitik so gering wie möglich zu halten. Der amerikanische Historiker Lloyd Ambrosius hat dies unlängst besonders pointiert zusammengefaßt:

»Auf dem Hintergrund der Erfahrungen in den Vereinigten Staaten sah Wilson in den Idealen und Praktiken von Demokratie, Kapitalismus und Christentum die Basis für eine neue Weltordnung. Mit der Propagierung einer weltweiten Durchsetzung von Monroe-Doktrin und Open Door hoffte er die Alte Welt zu erneuern, um auf diese Weise die Vereinigten Staaten sowohl vor europäischem Imperialismus als auch vor radikalen Revolutionen zu schützen. Allerdings sah sich der Präsident mit dem Dilemma konfrontiert, die von ihm projektierte neue Weltordnung mit dem Prinzip der Selbstbestimmung in Einklang zu bringen<sup>43</sup>«.

Dieses Dilemma vermochte Wilson ebensowenig zu lösen wie seine Nachfolger im Weißen Haus. Allerdings sollte nicht übersehen werden, daß der grundsätzliche Widerspruch zwischen einer nach amerikanischen Prinzipien zu gestaltenden Weltordnung und dem Prinzip der Selbstbestimmung in der historischen Analyse klarer hervortritt als aus der jeweiligen zeitgenössischen amerikanischen Perspektive. In der subjektiven Einschätzung Wilsons und der ihm im Weißen Haus nachfolgenden Architekten einer neuen Weltordnung hat sich kein Widerspruch zum Prinzip der Selbstbestimmung ergeben, wenn sie Amerika als Vorbild für die ganze Welt empfahlen. Mit Hinweis auf die Erfolge des amerikanischen Experiments war es für Wilson selbstverständlich, daß sich auch andere Völker für die amerikanischen Ordnungsprinzipien entscheiden würden, falls man ihnen dazu die Gelegenheit gab, wenn man ihnen das Recht auf Selbstbestimmung gewährte. Im Zweifelsfall mußten andere Völker eben durch mehr oder weniger sanften Druck aus Washington dazu gebracht werden, sich für die amerikanischen Ordnungsvorstellungen zu entscheiden. Diesen Sachverhalt hat William Appleman Williams unter anderem dadurch zum Ausdruck gebracht, daß er das Verb »to self-determine« geprägt hat<sup>44</sup>.

Bei diesem Interpretationsansatz kann es nicht überraschen, daß aus amerikanischer Sicht auch zwischen ökonomischer Interessenwahrnehmung und der Propagierung demokratischer Ideale keine Diskrepanz gesehen wurde. Der amerikanische Historiker Gordon Levin hat diese enge Wechselbeziehung ökonomischer und idealistischer Motive in der Wilsonschen Politik besonders pointiert herausgearbeitet<sup>45</sup>. Die Errichtung einer liberal-kapitalistischen Weltordnung, die weder durch eine formelle imperialistische Expansion der europäischen Mächte noch durch einen revolutionären Sozialismus gefährdet war, eröffnete die

Möglichkeit, demokratische Grundprinzipien und amerikanische ökonomische Interessen auf einen Nenner zu bringen. Die in moralischen Kategorien gerechtfertigte Notwendigkeit einer Demokratisierung der Welt stand also mit den nationalen Interessen der USA und namentlich der Realisierung der amerikanischen wirtschaftlichen Expansion selbstverständlich im Einklang. Der Anspruch auf eine globale moralische und wirtschaftliche Führungsrolle ergänzten einander harmonisch.

#### Wilson's Kapitalismuskritik nach dem Ersten Weltkrieg

Wenngleich Wilson in den von Zeitgenossen und Historikern diagnostizierten divergierenden Zielen seines Konzepts der Neuen Weltordnung keinerlei prinzipielle Widersprüche gesehen hat und das Modell Amerika weltweit propagierte, hat er sich doch veranlaßt gesehen, gewisse Fehlentwicklungen des amerikanischen Kapitalismus anzuprangern. Wilson stellte das privatkapitalistische System zwar niemals prinzipiell in Frage, setzte sich jedoch nachdrücklicher als seine Vorgänger für Reformen ein, um die auch von ihm diagnostizierten negativen Nebenwirkungen des kapitalistischen Systems abzumildern. Kurz vor seinem Tod hat er in einem für ein breiteres Publikum bestimmten Zeitschriftenaufsatz noch einmal nach den Gründen für die Revolution in Rußland geforscht und die Frage aufgeworfen, ob dem kapitalistischen System hier eine Mitverantwortung zufalle<sup>46</sup>. In seiner Antwort warf Wilson einigen Kapitalisten vor, ihre Machtposition einseitig zu ihren Gunsten eingesetzt und damit das kapitalistische System insgesamt diskreditiert zu haben. Mithin sei die Verantwortlichkeit für die gegenwärtige radikale Herausforderung des kapitalistischen Systems nicht ausschließlich bei den Trägern dieser anti-amerikanischen Revolte zu suchen. Um der zum Teil also berechtigten Kapitalismuskritik die Basis zu entziehen, müsse das kapitalistische System ständig reformiert werden. Nur auf diese Weise könne seine Attraktivität erhalten werden. Nur so könne die Demokratie, die mit der militärischen Niederlage der Mittelmächte einen großen Sieg errungen habe, gegen »irrationale« Revolutionen immunisiert werden.

Wilson hatte also keineswegs zu einer fundamentalen Kapitalismuskritik angesetzt. Der ehemalige Präsident beklagte vielmehr den zu großen Egoismus einzelner Repräsentanten des kapitalistischen Systems



und forderte eine Rückbesinnung auf die Grundwerte einer christlichen Zivilisation. Wenn es gelinge, durch eine Art Humanisierung des kapitalistischen Systems eine Quelle von Unzufriedenheit breiter Bevölkerungsschichten auszuschalten, dann werde es gelingen, die Massen gegen den revolutionären Bazillus zu immunisieren und schließlich einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung des kapitalistischen Systems zu leisten. Kurz vor seinem Tod hatte Wilson mithin noch einmal deutlich gemacht, daß er zum »American System« keine Alternative gesehen hat, auch nicht für die Entwicklung in anderen Staaten.

Gerade weil Wilson von Zeitgenossen und Historikern gleichermaßen als Symbol der Demokratie und des Kampfes um die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts gesehen worden ist und wird, scheint es notwendig, die innere Widersprüchlichkeit der Wilsonschen Politik auch besonders pointiert herauszustellen. Jede Kritik an der Person Wilsons und jeder Hinweis auf sein persönliches Dilemma, wie es sich aus der Unvereinbarkeit einiger seiner politischen Grundüberzeugungen ergab, sollte sich freilich nicht auf eine Wilson-Kritik beschränken, da es sich hier um Grundfragen der amerikanischen Außenpolitik handelt.

Mit beharrlicher Konsequenz haben sich auch die Nachfolger Wilsons für die Durchsetzung des amerikanischen Modells engagiert. Die USA haben als einzige Großmacht gegenüber den totalitären Staaten keine Appeasementpolitik betrieben. Das konsequente Eintreten Washingtons für demokratische Prinzipien sowohl für die innerstaatliche Ordnung als auch für das internationale System haben der amerikanischen Außenpolitik im gesamten 20. Jahrhundert eine beispiellose Legitimation verliehen. Langfristig hat sich die amerikanische Politik gegenüber faschistischen und kommunistischen Herausforderungen als überlegen erwiesen. Allerdings darf das Eintreten für demokratische Grundsätze nicht nur als idealistisch motivierter Selbstzweck verstanden werden. Die Durchsetzung demokratischer Ordnungsprinzipien ist auch ein Mittel zur Durchsetzung des amerikanischen Führungsanspruchs in der Welt. Zugespitzt formuliert gilt mithin für die amerikanische Außenpolitik seit Wilson: Hegemonie durch Demokratie.

#### Anmerkungen

<sup>1</sup> Hans Rothfels, *Zeitgeschichte als Aufgabe*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 1 (1953), S. 1–8, Zit. S. 6; vgl. ders., *Sinn und Aufgabe der Zeitge-*

schichte, in: ders., *Zeitgeschichtliche Betrachtungen. Vorträge und Aufsätze*, Göttingen <sup>2</sup>1959, S. 9–16.

<sup>2</sup> Walter Hofer, *Von der europäischen zur globalen Weltgeschichte*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament* vom 19. Juli 1967, S. 3–13.

<sup>3</sup> Zum Problem der Periodisierung der Zeitgeschichte vgl. als neueren Beitrag von Hans Günter Hockerts, *Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament* vom 16. Juli 1993, S. 3–19.

<sup>4</sup> So etwa Ernst Fraenkel, *USA – Weltmacht wider Willen*, Berlin 1957.

<sup>5</sup> Vgl. insbes. die auf breiter empirischer Basis erarbeiteten Untersuchungen von Ragnhild Fiebig-von Hase, *Lateinamerika als Konfliktherd der deutsch-amerikanischen Beziehungen, 1890–1903*, 2 Bde, Göttingen 1986; dies., *Die deutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen 1890–1914 im Zeichen von Protektionismus und internationaler Integration*, in: *Amerikastudien/American Studies*, 33 (1988), S. 329–357; dies., *Amerikanische Friedensbemühungen in Europa 1905–1914*, in: *Liberalitas. Festschrift für Erich Angermann zum 65. Geburtstag*, hrsg. von Norbert Finzsch und Hermann Weltenreuther unter Mitwirkung von Manfred F. Boemeke und Marie-Luise Frings, Stuttgart 1992, S. 285–318.

<sup>6</sup> Vgl. als neueste Gesamtdarstellung mit weiteren Literaturangaben und einem allerdings irreführenden Obertitel John L. Offner, *An Unwanted War: The Diplomacy of the United States and Spain over Cuba, 1895–1898*, Chapel Hill, NC 1992.

<sup>7</sup> Vgl. aus der Fülle der Literatur insbes. Walter LaFeber, *The New Empire. An Interpretation of American Expansion 1860–1898*, Ithaca, NY 1963; Hans-Ulrich Wehler, *Der Aufstieg des amerikanischen Imperialismus. Studien zur Entwicklung des Imperium Americanum 1865–1900*, Göttingen <sup>2</sup>1987, mit ausführlicher Bibliographie.

<sup>8</sup> Rede Monroes in den entscheidenden Passagen abgedr. in: *Documents of American History*, ed. by Henry Steele Commager, New York 1958, Bd I, S. 235ff. Eine prägnante Einführung mit weiteren Literaturangaben gibt Richard W. Van Alstyne, *The Monroe Doctrine*, in: *Encyclopedia of American Foreign Policy*, ed. by Alexander DeConde, Bd II, New York 1978, S. 584–596. Die zunehmend extensive Auslegung der Monroe-Doktrin durch die Regierungen in Washington ist hervorragend dokumentiert bei J. Reuben Clark, *Memorandum on the Monroe Doctrine*, Washington, DC 1930.

<sup>9</sup> Grundlegend Thomas J. McCormick, *China Market: America's Quest for Informal Empire, 1893–1901*, Chicago 1967. Vorzügliche Überblicke auch über den Gang der Forschung geben: Richard W. Van Alstyne, *The Open Door Policy*, in: *Encyclopedia of American Foreign Policy* (wie Anm. 8), Bd II, S. 711–721; William Appleman Williams, *Open Door Interpretations*, ebd., S. 703–710.

<sup>10</sup> So Thomas J. McCormick, *American Expansion in China*, in: *American Historical Review*, 75 (1969/70), S. 1393–1396, S. 1395.

<sup>11</sup> *The Papers of Woodrow Wilson*, ed. by Arthur S. Link a. o., 69 Bde, Princeton, NJ 1966–1992.

- <sup>12</sup> Rede Wilsons vor dem Senat vom 22. Januar 1917, ebd., Bd 40, S. 533–539, bes. S. 534.
- <sup>13</sup> Rede Wilsons vor dem Kongreß vom 2. April 1917, ebd., Bd 41, S. 519–527, Zit. S. 525.
- <sup>14</sup> Ebd.: »We have no selfish ends to serve. We desire no conquest, no dominion. We seek no indemnities for ourselves, no material compensation for the sacrifices we shall freely make. We are but one of the champions of the rights of mankind. We shall be satisfied when those rights have been made as secure as the faith and the freedom of nations can make them.«
- <sup>15</sup> Rede Wilsons vor dem Kongreß vom 8. Januar 1918, ebd., Bd 45, S. 534–539.
- <sup>16</sup> Vgl. Laura Garcés, *La Mondialisation de la Doctrine Monroe à l'Ere Wilsonienne*, Lausanne 1988.
- <sup>17</sup> Rede Wilsons v. 28. Juni 1918, in: *Wilson Papers* (wie Anm. 11), Bd 48, S. 455f.
- <sup>18</sup> Vgl. zum folgenden Paul Finkelman, *The War on German Language and Culture, 1917–1925*, in: *Confrontation and Cooperation. Germany and the United States in the Era of World War I, 1900–1924*, ed. by Hans-Jürgen Schröder, Providence, RI 1993, S. 177–196; Frank Trommler, *Inventing the Enemy: German-American Cultural Relations, 1900–1917*, ebd., S. 99–125; Elliott Shore, *The Kultur Club*, ebd., S. 127–133.
- <sup>19</sup> So Stephen L. Vaughn, *Holding Fast the Inner Lines: Democracy, Nationalism, and the Committee on Public Information*, Chapel Hill, NC 1980, S. 83.
- <sup>20</sup> Zit. bei Finkelman, *The War* (wie Anm. 18), S. 180.
- <sup>21</sup> Zit. ebd.
- <sup>22</sup> Zit. ebd.
- <sup>23</sup> Zit. ebd.
- <sup>24</sup> Rede Wilsons vor dem Kongreß vom 7. Dezember 1915, in: *Wilson Papers* (wie Anm. 11), Bd 35, S. 293–310, Zit. S. 306f.
- <sup>25</sup> Finkelman, *The War* (wie Anm. 18), S. 183.
- <sup>26</sup> Rede Wilsons vor dem Kongreß vom 2. April 1917, in: *Wilson Papers* (wie Anm. 11), Bd 41, S. 519–527.
- <sup>27</sup> Vgl. als neueren Beitrag Georges-Henri Soutou, *L'Or et le Sang. Les Buts de Guerre Économique de la Première Guerre Mondiale*, Paris 1989.
- <sup>28</sup> Rede Wilsons vor der American Federation of Labor in Buffalo vom 12. November 1917, in: *Wilson Papers* (wie Anm. 11), Bd 45, S. 11f.
- <sup>29</sup> Vgl. z.B. Reinhard R. Doerries, *Imperial Challenge. Ambassador Count Bernstorff and German-American Relations, 1908–1917*, Chapel Hill, NC 1989, S. 225ff. (erweiterte Fassung von: *Washington—Berlin 1908/17. Die Tätigkeit des Botschafters Heinrich Graf von Bernstorff in Washington vor dem Eintritt der Vereinigten Staaten von Amerika in den Ersten Weltkrieg*, Düsseldorf 1975); Friedrich Katz, *The Secret War in Mexico. The United States and the Mexican Revolution*, Chicago 1981, S. 350ff.; eine Art »Ehrenrettung« des Zimmermann-Telegramms versucht Friedhelm Koopmann, *Diplomatie und Reichsinteresse. Das Geheimdienstkalkül in der deutschen Amerikapolitik 1914 bis 1917*, Frankfurt a.M. 1990, S. 288ff.
- <sup>30</sup> Laura Garcés, *The German Challenge to the Monroe Doctrine in Mexico, 1917*, in: *Confrontation and Cooperation* (wie Anm. 18), S. 281–313.
- <sup>31</sup> Zit. ebd., S. 294.
- <sup>32</sup> Zit. bei Lloyd C. Gardner, *The United States, the German Peril and a Revolutionary World: The Inconsistencies of World Order and National Self Determination*, ebd., S. 263–280, S. 278.
- <sup>33</sup> Notiz Wilsons vom 11. 11. 1918, in: *Wilson Papers* (wie Anm. 11), Bd 53, S. 34.
- <sup>34</sup> Gardner, *The United States* (wie Anm. 32), S. 277.
- <sup>35</sup> Grundlegend insbes. Klaus Schwabe, *Deutsche Revolution und Wilson-Frieden. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19*, Düsseldorf 1971; ders., *Die USA, Deutschland und der Ausgang des Ersten Weltkrieges*, in: Manfred Knapp u. a., *Die USA und Deutschland 1918–1975. Deutsch-amerikanische Beziehungen zwischen Rivalität und Partnerschaft*, München 1978, S. 11–61.
- <sup>36</sup> Peter Krüger, *German Disappointment and Anti-Western Resentment, 1918–19*, in: *Confrontation and Cooperation* (wie Anm. 18), S. 323–350; vgl. auch ders., *Die Außenpolitik der Republik von Weimar*, Darmstadt 1985; ders., *Versailles. Deutsche Außenpolitik zwischen Revisionismus und Friedenssicherung*, München 1986.
- <sup>37</sup> Grundlegend Werner Link, *Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921–32*, Düsseldorf 1970; in enger Anlehnung an Link neuerdings Manfred Berg, *Gustav Stresemann und die Vereinigten Staaten von Amerika. Weltwirtschaftliche Verflechtung und Revisionspolitik 1907–1929*, Baden-Baden 1990.
- <sup>38</sup> Vgl. Außenminister Stresemann an Botschaft Washington, 6. Februar 1924, in: *Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945, Serie A: 1918–1925*, Bd IX, Göttingen 1991, S. 361.
- <sup>39</sup> *Berliner Börsen-Zeitung*, 4. Januar 1936.
- <sup>40</sup> Memorandum James K. Pollock, 29. April 1942, zit. bei Krüger, *German Disappointment* (wie Anm. 36), S. 325.
- <sup>41</sup> Krüger, *German Disappointment* (wie Anm. 36), bes. S. 330ff. Eine pseudohistorische Rechtfertigung der zeitgenössischen deutschen Wilson-Kritik bietet neuerdings Murray L. Eiland, III, *Woodrow Wilson. Architect of World War II*, New York 1991.
- <sup>42</sup> Vgl. insbes. Lloyd Ambrosius, *Wilsonian Statecraft. Theory and Practice of Liberal Internationalism during World War I*, Wilmington, DE 1991; Gardner, *The United States* (wie Anm. 32).
- <sup>43</sup> Lloyd E. Ambrosius, *Imperialism and Revolution: Wilsonian Dilemmas*, in: *Confrontation and Cooperation* (wie Anm. 18), S. 337–348, Zit. S. 346.
- <sup>44</sup> Vgl. insbes. die bahnbrechende Untersuchung von William Appleman Williams, *The Tragedy of American Diplomacy*, zuerst Cleveland, OH 1959 (deutsch: *Die Tragödie der amerikanischen Diplomatie*, Frankfurt a.M. 1973). Einen guten Überblick über die zahlreichen Publikationen von Williams gibt der Sammelband: *A William Appleman Williams Reader. Selections from His Major Historical Writings*, ed. by Henry W. Berger, Chicago 1992.
- <sup>45</sup> N. Gordon Levin, *Woodrow Wilson and World Politics. America's Response to War and Revolution*, New York 1968.
- <sup>46</sup> Woodrow Wilson, *The Road Away from Revolution*, in: *Atlantic Monthly*, 132 (1923/24), S. 145f., jetzt auch abgedr. in: *Wilson Papers* (wie Anm. 11), Bd 68, S. 393ff.